

Arbeit an europäischen Lösungen

Ein Arbeitsgespräch zwischen Vertretern aus Österreich, Deutschland und Italien diente dazu, die internationale Zusammenarbeit während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft weiter zu stärken.

Als Vorsitz im Rat der Europäischen Union ist es Österreichs Ziel, Lösungen im Interesse Italiens, Deutschlands und aller weiteren Mitgliedstaaten zu finden“, sagte Dr. Wilhelm Sandrissner, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll) im Innenministerium. Die Weichen dafür wurden beim informellen Innenministertreffen am 12. Juli 2018 in Innsbruck auf Ministerebene gestellt. Darauf aufbauend, wurde bei einem Follow-up-Treffen am 19. Juli 2018 auf hochrangiger Beamten-Ebene weiter über die Schwerpunkte des österreichischen Ratsvorsitzes beraten.

Aufbauend auf den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018 galt es insbesondere zum Thema illegale Migration mit den Vertretern aus Deutschland und Italien gemeinsame Diskussionspunkte zu erarbeiten. Bisher habe man sich stark mit den Folgen illegaler Migration beschäftigt, erläuterte Sandrissner. „Nun geht es primär um Maßnahmen gegen illegale Migration. Wir setzen stärker bei den Ursachen an.“ Der Europäische Rat habe einen Paradigmenwechsel in der EU-Asylpolitik eingeleitet.

Paradigmenwechsel. Der neue, umfassende Ansatz in der EU-Asylpolitik zeige sich besonders am Thema regionale Ausschiffungsplattformen. Österreich als EU-Vorsitz ist bemüht, in Ko-



Trilaterales Treffen: Vertreter des Innenministeriums mit Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Italien.

operation mit der Europäischen Kommission, dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und mit Drittstaaten ein Konzept auszuloten. Rechtliche und praktisch operative Fragen seien noch offen, sagte Sandrissner. Man müsse auch Drittstaaten dabei unterstützen, dass diese ihre Verantwortung wahrnehmen, außerdem dürften keine Pull-Faktoren entstehen. Die internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen sei äußerst bedeutsam. Weitere Diskussionsthemen waren die kontrollierten Einrichtungen, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), sowie die Dublin-Verordnung.

Ein Europa, das schützt. Im Zuge des Arbeitsgesprächs präsentierte der Gruppenleiter die Schwerpunkte des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union und die Eckpunkte

des Wiener Prozesses. Unter dem Motto der Bundesregierung, „Ein Europa, das schützt“, sind wesentliche Schwerpunkte des Innenministeriums die Stärkung des EU-Außengrenzschutzes, die Schaffung eines krisenfesten EU-Asylsystems, die Förderung einer gemeinsamen Polizeikultur, die Vernetzung der Datenbanken und Informationssysteme sowie die Gewährleistung digitaler Sicherheit. Ein weiteres wesentliches Ziel ist es, dem Extremismus und Terrorismus den Nährboden zu

entziehen und zur Förderung europäischer Werte beizutragen.

Wiener Prozess. Gemeinsam soll auf eine bürgernahe, krisenfeste und zukunftsfähige EU-Sicherheitsunion hingearbeitet werden. Österreich agiert dabei zwischen Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Interessen oder zu Drittstaaten als Brückenbauer. Den Rahmen dafür bildet der „Wiener Prozess“, ein neues Mehr-Präsidentschaften-Format, das frühere und künftige EU-Vorsitzländer mit mitteleuropäischen Partnern zusammenbringt.

Seitens des Innenministeriums nahmen am Arbeitsgespräch neben Gruppenleiter Dr. Wilhelm Sandrissner unter anderem teil der Direktor des Bundesamts für Fremdwesen und Asyl, Mag. Wolfgang Taucher, die Abteilungsleiterin der internationalen Abteilung, Mag. Barbara Schrotter und Dr. Maria Ziniel, Leiterin der EU-Abteilung. S. F.

INNENMINISTERIUM

Berater am Flughafen

Zwei Polizistinnen und acht Polizisten absolvierten eine achtwöchige Ausbildung zum Dokumentenberater. Schwerpunkte der Ausbildung waren Dokumentensicherheit, Personenverifizierung, Recht, Einsatz, Grundrechte und soziale Kompetenzen. Die Ausbildung für Dokumentenberater wird vom Bundesministerium für Inneres, Referat II/2/e (Nationale Stelle Fron-



Neue Dokumentenberater des Bundesministeriums für Inneres.

tex, Grenzdienst, Flughafen- und Flugsicherheitswesen), organisiert. Seit 2003 entsendet das Innenministerium Dokumentenberaterinnen und Dokumentenberater ins Ausland, um dort die Botschaften bzw. die Fluglinien zu beraten. Dafür steht ein Pool von 30 Beratern zur Verfügung. Derzeit sind österreichische Dokumentenberater in Athen, Bangkok, New Delhi, Amman, Moskau, Beirut sowie Istanbul und Ankara eingesetzt.